

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/167

31. August 1972

Die "Dokumentation" der Panikmacher

-----  
CDU kann niemanden an den Hochschulen über-  
zeugen

Von Johannes Rau MdL  
Minister für Wissenschaft und Forschung des  
Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 1 und 2 / 60 Zeilen

CDU arbeitet mit kalkulierter Bruchstelle

-----  
Fakten zum Bodenordnungs-Konzept der  
Opposition

Von Hans Koschnick  
Erster Bürgermeister von Bremen und Vor-  
sitzender der Kommission für Bodenrechts-  
reform beim SPD-Vorstand

Seite 3 / 40 Zeilen

Klausur im Eifel-Bad

-----  
Helmut Schmidt bereitet sich auf Europa-  
Gipfel vor

Seite 4 / 48 Zeilen

Weithin leider zu einseitig

-----  
Zur Erklärung des Zentralkomitees der  
deutschen Katholiken

Seite 5 / 50 Zeilen

CDU spielt mit Kraut und Rüben

-----  
Eine Argumentation, die keine war

Seite 6 / 34 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Die "Dokumentation" der Panikmacher

---

CDU kann niemanden an den Hochschulen überzeugen

Von Johannes Rau MdL

Minister für Wissenschaft und Forschung

des Landes Nordrhein-Westfalen

Wenn der CDU zur Sache nichts mehr einfällt, flüchtet sie in die Demagogie. Durch die Vorwahlkampfzeit ermuntert, glaubt sie, an den Hochschulen Extremismus, Leistungsabfall und Störungen entdecken und den Kultus- und Wissenschaftsministern der SPD "Laschheit und Konzeptionslosigkeit" vorwerfen zu können.

Was die CDU als "Dokumentation über die Hochschulsituation 72" ausgibt, ist in Wirklichkeit nichts weiter als ein Sammelcurium von Briefauszügen. Im Übrigen werden die Verhältnisse am Berliner Otto-Suhr-Institut als repräsentativ für die Realitäten an allen deutschen Hochschulen hingestellt. Wer das tut, der dokumentiert nicht - er manipuliert.

In Wirklichkeit ist der behauptete Leistungsabfall nirgendwo feststellbar. Eine Nivellierung auf unterem Niveau fand nicht statt. Wenn zum Beispiel an der Universität Bochum in den Wirtschaftswissenschaften 35 vH. der Studenten im Vorexamen und 30 vH. im Hauptexamen durchfallen, dann kann das sowohl an den mangelnden Leistungen der Studenten als auch an den hohen Prüfungserforderungen liegen. In keinem Fall aber deuten diese Zahlen auf einen Niveauverlust bei den Absolventen hin, sondern auf die Dringlichkeit der Studienreform. Zu diesem Thema hätte man von der CDU gern etwas gehört. Da sich dies zur Panikmache aber nicht eignet, zieht es diese Partei vor, das zu tun, was sie in der Frage der Neuordnung von Lehre und Studium mit Vorliebe tut: sie schweigt.

Im Alltag unserer Hochschulen sind Störungen extreme Ausnahmefälle. So hat es zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen an den

Universitäten Dortmund und Düsseldorf, an den Pädagogischen Hochschulen Ruhr und Rheinland (mit Ausnahme der Abteilung Köln) und an der Sporthochschule Köln im letzten Semester überhaupt keine Störungen gegeben. An den übrigen Hochschuleinrichtungen in Nordrhein-Westfalen mußten während des letzten Sommersemesters bei 18.581 Lehrveranstaltungen (nicht Einzelstunden!) vierzehnmal eine Einzelstunde abgebrochen werden. In 41 Einzelstunden kam es zu Sprechbehinderungen. Der laxe Umgang mit den Tatsachen in der CDU-Dokumentation zeigt sich unter anderem auch darin, daß zwar von einem Angriff von Mitgliedern der "kommunistischen Hochschulgruppe" auf einen Kölner Professor berichtet, dabei aber verschwiegen wird, daß es Mitglieder des linken Kölner Asta waren, die den Professor schützten.

Ein verantwortlicher Hochschulpolitiker wird jede Störung eingehend untersuchen lassen, dabei jedoch auch nach den Ursachen von Störungen forschen. Störungen der Lehre können nicht hingenommen werden, und den Hochschullehrern wird jeder notwendige Schutz gewährt. Die Freiheit der Lehre ist nicht teilbar. Dabei sollte die CDU nicht so tun, als befänden sich die Münchener und die Heidelberger Hochschulen, an denen es in den letzten Semestern ebenfalls zu Störungen gekommen ist, in Hessen oder Nordrhein-Westfalen - sie befinden sich im CSU-regierten Bayern und im CDU-regierten Baden-Württemberg.

Wer in einer sogenannten Dokumentation die Ausnahme zur Regel macht und die tägliche qualifizierte Arbeit in Forschung, Lehre und Studium an den Hochschulen ignoriert, beleidigt alle Hochschulangehörigen. Er muß sich vorwerfen lassen, daß er nur von den eigentlichen Problemen der Hochschulpolitik ablenken will. Es ist verständlich, daß die CDU diese Ablenkung braucht, um von ihrer hochschulpolitischen Abstinenz in den letzten 25 Jahren und von der Obstruktion abzulenken, die sie auf Bundesebene bei der Beratung des Hochschulrahmengesetzes und auf Landesebene bei wichtigen hochschulpolitischen Vorhaben in den Parlamenten geübt hat. Das Manöver ist aber zu durchsichtig, als daß es in den Hochschulen und in der Öffentlichkeit überzeugen könnte. (-/ex/31.8.1972/ks)

## CDU arbeitet mit kalkulierter Bruchstelle

### Fakten zum Bodenordnungs-Konzept der Opposition

Von Hans Koschnick

Erster Bürgermeister von Bremen und Vorsitzender der Kommission  
für Bodenrechtsreform beim SPD-Vorstand

Mit der Veröffentlichung der Vorschläge zur Reform der Bodenordnung, vorgelegt von der Kommission für Bodenrechtsreform beim Parteivorstand der SPD, ist die Opposition neuerlich in Reform-Zugzwang geraten. Das ist im Prinzip erfreulich. Aber: Ihre Vorstellungen - soweit sie bisher bekannt geworden sind - übernehmen nur zum kleineren Teil die sozialdemokratischen Vorschläge, zum grösseren setzen sie sich hierzu in deutlichen Widerspruch.

So will zwar auch die Opposition eine Verbesserung des Planungs- und Enteignungsrechtes, ist sogar bereit, einen Planungswertausgleich (bei ihr: Infrastrukturkostenbeitrag) wenigstens zu diskutieren, sie lehnt aber die unterschiedslose Erfassung von großen Vermögenswertsteigerungen beim Boden ab.

Damit freilich entpuppt sich das Konzept der Opposition als Scheinreform, schlechter noch als eine halbe Sache! Hier wird quasi vorgegeben, man wolle ein Haus bauen, beginnt aber beim Dach und zieht das Fundament, noch ehe es tragen kann, gleich wieder ab.

Die kostensteuerlichen Vorstellungen der Opposition sind im Grunde schon in der Kaiserzeit gescheitert, und es gibt heute keinen ernstzunehmenden Finanzwissenschaftler mehr in unserem Land, der eine Steuer zum Zwecke der Bodenreform nur auf die "realisierten" Gewinne empfehlen würde, also auf Gewinne, die durch Verkauf im Portemonnaie klimpern. Eine solche Steuer würde eben diesen Verkauf bestrafen, den Boden noch knapper machen, die Bodenpreise weiter sinnlos hochjagen und damit das Bodenproblem nur verschärfen. Schlimmer also als gar keine Steuer! Und doch bricht das ganze System zusammen, wenn man auf eine Wertzuwachssteuer verzichten wollte.

Hier liegt die "Sollbruchstelle" bei den Plänen der Opposition, hier geht dagegen die SPD-Kommission den ökonomisch einzig den möglichen Weg.

Nur eine Bodenwertzuwachssteuer auf alle Wertzuwächse (alle außerordentlichen, auch die nichtrealisierten) und ein realistisches Bewertungsverfahren mit ausreichenden Freigrenzen machen den Planungswertausgleich praktikabel und bodenpolitisch sinnvoll. Auch denn erst werden die Entschädigungsleistungen der Gemeinden finanzierbar.

Die Opposition sollte sich und uns nicht täuschen wollen. Der soziale Sprengstoff in unseren Städten verdichtet sich. Mit Tricks zugunsten einer kleinen Minderheit ist da nicht mehr weiterzukommen.

(-/cc/31.8.1972/ks)

Klausur im Eifel-Bad

Helmut Schmidt bereitet sich auf Europa-Gipfel vor

In zwei Wochen wollen sich die EWG-Außenminister in Rom darüber verständigen, was im wesentlichen dann Ende Oktober auf der Gipfelkonferenz klagestellt werden soll. Zwischendurch findet noch die gewiß nicht unwichtige Jahrestagung des Weltwährungsfonds ab 23. September in Washington statt. Vom Ergebnis dieser Konferenz wird ein entscheidender Beitrag auch für den Europa-Gipfel erwartet.

Dies ist der Hintergrund für jene von außenher über Gebühr mit Gehcimnis umwobene Klausurtagung, zu der Bundeswirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt die Spitzenbeamten seiner beiden Häuser nach Bad Münstereifel gebeten hat. Dort findet statt, was von Beteiligten im modernen Englischdeutsch ebenso vielsagend wie schlicht "brain-storming" genannt wird. Es gilt für den Minister, sich auf den neuesten Stand der Sachlage bringen zu lassen.

Der Arbeits- und Zuständigkeitsbereich des Superministers ist einfach zu umfangreich, als daß Schmidt in den wenigen Wochen seit seiner Amtsübernahme schon sämtliche Sachprobleme so für sich hätte erarbeiten können, daß er auf allen kommenden internationalen Konferenzen das notwendige Wort mitzureden vermöchte. Das Problem der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist zu komplex, als daß sich der zuständige deutsche Minister sozusagen in Stunden-gesprächen zwischen Tür und Angel auf den erforderlichen Informationsstand bringen könnte.

Es wäre aber völlig verfehlt, hinter dem Eifel-Treffen den Beginn einer deutschen Verschwörung gegen die Europäische Gemeinschaft zu vermuten. Aber da es sich bei europäischen Fragen nicht allein um ökonomische und monetäre Probleme, sondern weil es auch um diffizile außenpolitische Zusammenhänge geht, wird Schmidt auf den Rat des Auswärtigen Amtes nicht verzichten können.

Das gilt - niemand sollte es verschweigen - auch als Versuch, wie notfalls jenen Bemühungen gegengesteuert werden kann, die bislang immer in der Befürchtung artikuliert wurden, unter rein politischem Primat könne die Wirtschafts- und Währungsunion statt zu einer Stabilitätsgemeinschaft zu einem Inflationsclub geraten. So gilt es denn beispielsweise auch, im gemeinsamen Gespräch Argumente herauszufiltern, wie gegebenenfalls den Partnern in der Gemeinschaft klargemacht werden soll, daß der deutsche Teil der in die Gemeinschaft integrierten Wirtschaft nicht bedenkenlos und unbeschränkt finanziell zur Ader gelassen werden kann.

Daher dürften in der Eifel auch sogenannte Offensivangebote erarbeitet werden, wie beispielsweise andere Mitglieder der Gemeinschaft auf jenen wirtschaftspolitischen Kurs mit monetärer Absicherung gebracht werden können, der ein stabiles Wachstum, und damit den dauerhaften Bestand des größten geschlossenen Marktes in der Welt sichern soll. Sieht man die zweitägige Konferenz von diesem Standpunkt, so muß ihr zweifelsohne das Prädikat einer klärenden Grundsatzbesprechung gegeben werden.

(zt/ee/30.8.1972/ks)

Weithin leider zu einseitig  
-----

Zur Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Dem katholischen Bürger hat die aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahl abgegebene Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken keinen guten Dienst erwiesen. Kein Heiliger Geist stand bei dieser Erklärung Pate. Sie enthält neben Erkenntnissen, denen man zustimmen kann, weithin einseitige Züge, die die Handschrift der CDU verraten.

Das trifft zum Beispiel auf den Vorwurf zu, es sei besorgniserregend, daß der Staat seit einigen Jahren (!) dem sittlichen und rechtlichen Verfall immer weniger entgegen wirke. Das ist reiner CDU-Jargon und klingt häufig auch in "Bild" an. Auf Protest und Ablehnung vieler Millionen gläubigstreuer Katholiken dürfte auch die lebensfremde unbedingte Verwerfung einer Reform des § 218 stoßen, dessen Beibehaltung Hunderttausende von Frauen in Verzweiflung und Elend stürzte und stürzt.

Ganz entschieden wendet sich die Erklärung des Zentralkomitees dann gegen die "in den letzten Jahren sich verstärkenden Tendenzen, die Eingriffe des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft auszuweiten und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben für freie gesellschaftliche Kräfte zu erschweren". Was soll dieser dunkle Satz bedeuten? Wo erfolgt die Erschwerung der freien gesellschaftlichen Kräfte? Gewiß, die angestrebte Reform des Kartellrechts und die Bindung des Großbesitzes an die Sozialpflichtigkeit - übrigens ein Gebot des Grundgesetzes - bedeutet, wenn man so will, einen Eingriff des Staates in die Wirtschaft, aber doch nur, um den Wettbewerb zu sichern und Auswüchse einer hemmungslosen Bodenspekulation mit ihren verheerenden Auswirkungen für die Moral unserer Gesellschaft zu beschneiden.

Diese Stellungnahme des Zentralkomitees der deutschen Katholiken trägt stellenweise eindeutigen wahlpolitischen Charakter zugunsten der Unionsparteien. Sie bringt kein Verständnis auf für allgemein als notwendig anerkannte Reformen zugunsten benachteiligter Bevölkerungsschichten. Sie schürt aber die Angst vor der Inflationsgefahr, weil "der Staat", also die jetzige Bundesregierung, zu wenig tue, um die Geldentwertung zu bekämpfen. Diese Erkenntnis könnte auch den Propagandaarsenal der Union entnommen sein. Weiß das Zentralkomitee nicht, daß die gewiß unerfreuliche Geldentwertung eine internationale Erscheinung ist, und daß keine Regierung in der Lage ist, allein damit fertig zu werden?

Die Erklärung des Katholiken-ZK läßt auch jede Bereitschaft vermissen, mit anderen gesellschaftlichen und politischen Gruppen zusammen zu arbeiten, die eine Ordnung mit größerer Gerechtigkeit zum Wohle aller Menschen erstreben. Sie steht weit hinter den modernen Erkenntnissen des zweiten Vatikanischen Konzils zurück, die den Weg zu einer Kooperationsbereitschaft mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Menschen eröffnete, die guten Willens sind. Insofern stellt diese Erklärung einen Rückfall dar. Millionen katholische Wähler werden sie als das bewerten, was sie ist: Eine zu einseitige Stellungnahme zugunsten einer Partei, die zwar verbal von Reformen spricht, weil es nun nicht anders geht, sich aber in ihrer Praxis fast jedem gesellschaftlichen Fortschritt entgegenstellt.

(ae/ex/318,1972/ks)

### CDU spielt mit Kraut und Rüben

Eine Argumentation, die keine war

Auf den ersten Blick ist die graphisch sorgsam gebastelte Liste verblüffend. Über drei Breitseiten legte die CDU in ihrem parteioffiziellen Pressedienst eine Liste von insgesamt 20 Politikern und Beamten vor, die seit Bestehen der sozialliberalen Bundesregierung aus ihren Ämtern ausgeschieden sind. Allzu offen erkennbarer Hintergedanke der Autoren: Dem Leser die Schlußfolgerung einzuträufeln, daß mit einer solchen Regierung nicht viel los sein könnte.

Hier soll nicht darum herumgeredet werden: Es ist zweifellos zumindest bedauerlich, daß es diese Rücktritte von Politikern und Experten gegeben hat. Aber es muß jedem, der nicht nur mit dem Dunkelkammerblick der Opposition an solche Fragen heranght, verständlich und bewußt sein, daß es kaum eine Regierung, nicht einmal in autoritären Staaten, gibt, die im Laufe ihrer Amtszeit nicht solche Personalverluste verzeichnen muß. Das christdemokratische Idol Konrad Adenauer, dem seine Leute aufs Wort folgten, ist auch nicht ohne solche Einbußen davon gekommen, ohne daß jetzt jemand auf den mageren Einfall kommen sollte, der CDU-Rechnung eine Gegenrechnung gegenüberstellen zu wollen. Es genügt, wenn die CDU in diesen harten Wochen, in denen im Hinblick auf die innere und äußere Situation der Bundesrepublik alle Kräfte für sinnvolle Arbeit benötigt werden, die Zeit für solche Namens- und Zahlenspielerereien findet.

Im Übrigen: Unter den zwanzig stehen Politiker wie Dr. Alex Möller, die aus sachlichpolitischen Gründen um ihre Entlassung gebeten haben. Daneben steht Möllers Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Reischl, der, was nahelag, seinem Minister folgte. Dann findet man den Namen des Staatssekretärs Dr. Hans Schäfers, der zum Präsidenten des Bundesrechnungshofes ernannt worden ist. Und schließlich die Namen von nicht weniger als fünf von den zwanzig, die schlicht aus Altersgründen pensioniert worden sind.

So löst sich die Verblüffung schnell wieder auf. Kraut und Rüben sind keine Argumentation. (ee/ee/31.8.1972/ks)